

P r o t o k o l l

**der internen Dienstberatung des Senates am Montag, dem 24. 08. 1992,
Beginn 09.07 Uhr Ende 11.00 Uhr**

Leitung: Herr Dr. Kilimann, Oberbürgermeister

Gäste: Herr Kupfer, Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Herr Kordus, Leiter des Landeskriminalamtes

Teilnehmer:

Herr Zöllick	Bürgermeister und Senator für Jugend, Gesundheit und Soziales
Herr Dr. Neßelmann	Senator für Finanzen
Herr Dr. Magdanz	Senator für Inneres
Frau Oschwald	Senatorin für Bildung, Kultur und Wis- senschaft
Herr Möhner	Senator für Bauwesen
Herr Werner	Senator für Wirtschaft
Herr Dr. Danke	Senator für Stadtentwicklung und Orts- teile
Herr Rosemann	Senator für Wohnungswesen
Herr Kleemann	Präsident der Bürgerschaft
Herr Rommel	Referent

Herr Dr. Kilimann äußert seine Betroffenheit über die Ereignisse am 22./23.08. vor der ZAST in Lichtenhagen.

Herr Kupfer: Wegen dieser Vorfälle wurde ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Seite, geführt. Mecklenburg-Vorpommern und Rostock dürfen nicht zur Schaubühne rechtsextremistischer Aktivitäten gemacht werden. Im Innenministerium wurde die Erarbeitung von Evakuierungsplänen in Auftrag gegeben. Die ZAST wird zum 01.09.1992 in Lichtenhagen geschlossen. Die Bevölkerung ist in einer gemeinsamen Erklärung darüber zu informieren. Die Polizei befand sich in einer schwierigen psychologischen Situation, da sie auch bei der Bevölkerung auf Ablehnung stieß.

Herr Kordus: Die kritische Situation vor der ZAST war schon länger bekannt. Es besteht der Eindruck, daß angesichts der bevorstehenden Schließung von seiten der Rechtsextremisten die letzte Möglichkeit zur Inszenierung der Krawalle genutzt werden sollte. Mit diesem Ausmaß an Gewalt hatte niemand gerechnet. Das Ziel der Polizeiaktion - der Schutz der ZAST - wurde erreicht. Es sind keine Asylbewerber verletzt worden; dagegen gab es verletzte Polizeibeamte und Randalierer. Am 23.08.92 um 05.00 Uhr hatte sich die Lage beruhigt. Am Vormittag wurden Aufräumarbeiten durchgeführt. Am Nachmittag rotteten sich erneut gewaltbereite Jugendliche zusammen. Zur Verstärkung der Polizei wurden Einsatzkräfte aus Lübeck, Hamburg, Kiel und Berlin angefordert. Am Abend kam es zu noch größeren Ausschreitungen als am Vortag. Bemerkenswert ist die äußerste Brutalität und das organisierte Vorgehen der Jugendlichen. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Linksautonome. Mit weiteren Aktionen muß gerechnet werden.

Herr Dr. Kilimann: Besonders schockierend ist, daß Rostocker Einwohner mit den Randalierern sympathisieren. Der Verlegungstermin der ZAST war wiederholt bekanntgegeben worden. Offenbar handelt es sich um gesteuerte Aktionen.

Herr Kleemann: Das Hauptproblem entstand durch die zahlreichen Roma. Die anderen Ausländer werden von der Bevölkerung eher akzeptiert. In Gesprächen mit Bürgern zeigte es sich, daß besonders die Älteren deutlich differenzieren. Alle befürworteten jedoch eine sofortige Räumung; einige fordern Mietnachlaß. Auch die massenhafte Zuwanderung der Roma ist organisiert.

Herr Zöllick: Erschreckend ist, wie Naziparolen auch von Erwachsenen geschrien wurden. Auch aus anderen Stadtteilen sind Schaulustige nach Lichtenhagen gefahren. Hauptanstoß erregten die im Freien lagernden Roma.

Herr Dr. Magdanz: Es besteht die Gefahr, daß die Randalierer nach Verlagerung der ZAST auch nach Hinrichshagen ziehen.

Herr Kupfer: Von 13.000 Zugewiesenen kommen 7.000 aus Rumänien, davon sind 90 % Roma. Die Unterbringung der ZAST in Hinrichshagen ist nur eine Zwischenlösung; die Verlegung nach Hagenow wird forciert betrieben, kann aber nicht vor dem Frühjahr 1993 erfolgen. Eine Asylrechtsänderung muß und wird kommen. In der Bevölkerung dürfen keine Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllbar sind.

Herr Werner: Die Feindseligkeiten richten sich nicht so eindeutig gegen Sinti und Roma. In der Vergangenheit sind mehrfach auch Vietnamesen angegriffen worden. Die Aktionen waren gut organisiert und zielgerichtet. Die Taxis hatten Hochkonjunktur. Es war auch viel Alkohol im Spiel.

Herr Kleemann: Gegen die Art der Berichterstattung durch die Medien, die geeignet ist, Sympathien für die Ausschreitungen zu wecken, sollte auf der Pressekonferenz protestiert werden.

Herr Dr. Kilimann verliest den Entwurf einer Presseerklärung mit einem Aufruf an die Rostocker Bürger und stellt diesen zur Diskussion.

Um 10.00 Uhr verlassen Herr Kupfer, Herr Kordus und Herr Dr. Kilimann die Beratung, um an der Sitzung des Innenausschusses des Landtages teilzunehmen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde festgelegt, die für diese Woche in Lichtenhagen geplante Ortsbeiratssitzung zu Verkehrsproblemen abzusagen. Ob eine Sondersitzung der Bürgerschaft einberufen werden soll, wird Herr Kleemann im Präsidium zur Sprache bringen.

Die Presseerklärung wurde in einigen Punkten überarbeitet und auf der anschließenden Pressekonferenz den Journalisten übergeben.

G. Rommel

G. Rommel
Referent

Erklärung des Senates zu den Ausschreitungen in Lichtenhagen vom 22. und 23. August 1992

Der Senat verurteilt aufs schärfste die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Gesundheit und Leben von Asylbewerbern und Polizeibeamten in Lichtenhagen. Knüppel, Brandsätze und Steine sind keine wirksamen Mittel, um die unerträglichen Zustände in Lichtenhagen zu beheben oder gar das Asylbewerberproblem als Ganzes zu lösen.

Die Zentrale Anlaufstelle des Landes für Asylbewerber an einem weniger konfliktreichen Standort unterzubringen, ist ständig vom Senat gefordert worden. Zum 1. September wird diese Arbeit von den Landesbehörden, wie abgesprochen und zugesichert, abgeschlossen sein. Darüber hinaus haben die Parteien der Koalition im Rathaus Einfluß auf ihre jeweiligen Parteivorstände genommen, um eine generelle Lösung des Problems der ungebremsten Zuwanderung von Asylbewerbern zu erreichen. Landesregierung und Senat der Hansestadt Rostock stimmen überein in der Auffassung, daß das Asylrecht nicht in seinem Kern ausgehöhlt werden darf, daß aber alle Mittel des Rechtsstaats angewendet werden müssen, um den Mißbrauch dieses Menschenrechtes zu verhindern. Bemühungen zur Verlegung der Zentralen Anlaufstelle sind der Bevölkerung von Rostock seit langem bekannt. Bekannt ist auch durch mehrfache Pressemitteilungen der Zeitpunkt des ersten September, an dem die Verlegung erfolgen wird. So scheint es, daß hier eine letzte Möglichkeit wahrgenommen werden sollte, um politische Unruhe zu schüren.

Rostocker, spielt nicht das Spiel der Gewalttäter mit! Diese Angriffe auf die Demokratie haben unserer Stadt einen schweren und unabsehbaren Schaden zugefügt. Rostocker, erkennt, daß hier sehr zweifelhafte politische Kräfte und Gewalttäter auch aus Hamburg, Berlin und anderen Bundesländern die berechnete Mißstimmung nutzen wollen, um den Rechtsstaat und seine Institutionen in Mißkredit zu bringen.

Wir Rostocker sind nicht ausländerfeindlich! Lassen wir uns also auch nicht zu Werkzeugen von rechten und linken Extremisten machen.

Senat der Hansestadt Rostock